

## Zwischen Mieterschutz und Profit

### Auch Opposition lobt GSW-Verkauf und fordert weitere Privatisierungen

Wohl noch nie hat Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) so viel Lob und Glückwünsche im Abgeordnetenhaus eingeheimst wie auf der gestrigen Sitzung für den Verkauf der GSW. Und das nicht nur aus den eigenen Koalitionsreihen. CDU-Haushaltsexperte Alexander Kazcmarek wertete das Geschäft mit dem US-amerikanischen Konsortium, das die GSW mit ihren 65000 Wohnungen und 1,7 Milliarden Euro Schulden für 405 Millionen Euro kauft, sogar als »persönlichen Erfolg« für Sarrazin. Ganz so personifiziert wollte es der PDS-Wohnungsexperte Michail Nelken denn doch nicht stehen lassen. Ursache des Erfolges seien auch die Leistungen der GSW-Beschäftigten bei der Konsolidierung ihres Unternehmens.

Damit war es aber auch genug des Austauschs von Freundlichkeiten. Weil über den Kaufvertrag erst in 14 Tagen abgestimmt werden soll, warfen FDP und CDU der rot-roten Koalition vor, das Geschäft zu verschleppen. Für die FDP besteht ohnehin »kein Grund zum Jubeln«, so Fraktionschef Michael Lindner. Besonders bitter stößt ihm der im Vertrag ausgehandelte Mieterschutz auf, der ein »Beruhigungsplacebo« von SPD und PDS für die eigene Klientel sei und nur Geld gekostet habe. »Ein höherer Verkaufspreis wurde dadurch verhindert.« Außerdem geht ihm der Verkauf nicht weit genug. Lindner forderte weitere Privatisierungen von Landesunternehmen, sonst werde sich der GSW-Verkauf als »Strohfeuer« erweisen.

Die CDU wertete den Verkauf als »Tropfen auf den heißen Stein«. Der Verkauf der GSW werde nicht der Schlussakt sein, so Kaczmarek. Private Unternehmen hätten längst bewiesen, dass sie soziale Wohnungspolitik machen könnten. Er forderte ein Konzept dafür, wie viele öffentliche Wohnungen gebraucht würden und was die Wohnungsgesellschaften leisten sollen.

Weitere Verkäufe von Wohnungsbaugesellschaften wird es nach dem Willen der Koalition nicht geben. »Wir dürfen nicht alle verkaufen, um auch bedürftige Menschen jederzeit mit Wohnungen versorgen zu können«, sagte der SPD-Abgeordnete Bernd Schimmler. Dafür würden etwa 280000 landeseigene Wohnungen gebraucht. Der Finanzsenator sieht den Verkauf allerdings als Vorbild für weitere Verkäufe, wenn auch nicht mehr in dieser Legislaturperiode. **Schimmler** warf der FDP vor, den Mieterschutz nur als Zierrat zu betrachten und sonst nur Gewinnmaximierung im Sinn zu haben. Die US-Erwerber hätten die Schutzklauseln akzeptiert, weil sie nur so eine Chance auf dem deutschen Markt hätten.

Auch der PDS-Wohnungspolitiker Michail Nelken lobte die ausgehandelte Sicherung der Mieterrechte, die direkt in den Mietverträgen festgeschrieben würden. »Egal, ob der neue Eigentümer die Wohnungen weiterverkauft wird, diese Rechte haben Bestand.«

Einzig die Grünen lehnen den Verkauf der GSW ab. Wohnungsbauexpertin Barbara Oesterheld begründete dies mit »mehreren erheblichen Risiken für das Land Berlin«, wenn die GSW keine korrekten Angaben gemacht habe. Das einzig Beruhigende an dem Verkauf seien die verbrieften Mieterrechte.

Neues Deutschland vom 04.06.2004